

Don't shoot the messenger

Über die Weigerung politischer Akteure, ihnen unangenehme Informationen wahrzunehmen – und die fatalen Folgen solcher Verdrängungsmechanismen

Wenn sich jemand zum Kauf eines bestimmten Produkts – ob ein Auto, eine Kamera oder sonstwas – entschieden hat, dann sammelt er Argumente, die ihn in seiner Entscheidung für dieses Produkt bestärken. Kritische Berichte über sein präferiertes Produkt oder positive Argumente für alternative Produkte versucht er nicht mehr wahrzunehmen. Diese aus der Sozialpsychologie als „Reduzierung der kognitiven Dissonanz“ bekannte Technik ist zur Bewältigung des Alltags durchaus sinnvoll.

Für politische Akteure aber dürfte ein solches Verhaltensmuster nicht empfehlenswert sein. Nimmt ein Politiker gesellschaftliche Vorgänge nur selektiv oder so gefiltert wahr, dass seine eigenen Dogmen bestärkt, aber diesen entgegenstehende Sachverhalte ausgeblendet werden, dann kann das zu schweren Fehleinschätzungen führen. Jüngstes Beispiel dafür, wie fatal solche Verdrängungsmechanismen sein können, ist der derzeitige SPD-Vorsitzende Kurt Beck. Die schlechten Umfrageergebnisse für ihn und seine Partei tut er als „weit weg von der Wirklichkeit“ ab und behauptet, 2005 hätten die „Demoskopen“ die „SPD bereits unter die Erde gefragt“, und zwischen Gerhard Schröder und Angela Merkel hätten „50 Punkte gelegen“, „deutlich mehr als jetzt“ zwischen Merkel und ihm. Dabei verdrängt er, dass Merkel und Schröder zu Beginn des Wahlkampfs 2005 gleichauf lagen; Schröder konnte erst in der letzten Phase seinen Vorsprung wieder auf über 20 (nicht 50!) Punkte ausbauen.

Mit seiner Verdrängung der gesellschaftlichen Realität verhindert Kurt Beck eine nüchterne Analyse des wahren Zustands der SPD – und damit auch Weichenstellungen für eine Besserung der Lage.

Allerdings hat dieses Ausblenden der Realität bei großen Teilen der SPD eine lange Tradition. Man kann dies u.a. am Schicksal von infas ablesen, jenem Institut, das sich die SPD nach der verheerenden Wahlniederlage von 1957 zulegte, um (wie die CDU mit Allensbach) auch Zugang zu wahlsoziologischen Daten zu erhalten. Doch die Ergebnisse der die gesellschaftliche Realität adäquat darstellenden Analysen von infas wurden bereits in den siebziger Jahren von der SPD weitgehend ignoriert. So verdrängte die SPD z.B. den von infas früh postulierten Negativtrend für die Partei in den Dienstleistungsmetropolen – und verlor prompt alte Hochburgen wie Frankfurt oder München. Das infas-Institut musste dann seine Tätigkeit einstellen, weil die SPD die von infas gelieferten Erkenntnisse und Empfehlungen nicht mehr hören wollte.

Die individuellen Verdrängungsmechanismen einzelner politischer Akteure können sich bisweilen zu einer Art „kollektivem Irrsinn“ verdichten. Dann lassen sogar ganze Parteigremien die gesellschaftliche Realität außer acht und treffen Entscheidungen, über die sich die Beobachter und vor allem die Bürger nur wundern können. Jüngst konnte man das beim Landesparteitag der nieder-

sächsischen SPD beobachten. Da wurde fast einstimmig Wolfgang Jüttner zum Spitzenkandidaten der bevorstehenden Landtagswahl gewählt, obwohl seine Chancen gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Christian Wulff gen Null tendieren: Sogar über die Hälfte der potenziellen SPD-Wähler in Niedersachsen zieht Wulff Jüttner als Ministerpräsident vor (und diese Wähler dürften deshalb an der Wahl Ende Januar 2008 mit großer Wahrscheinlichkeit gar nicht erst teilnehmen). Allen Delegierten musste dieser Sachverhalt klar sein – doch bei der Entscheidung für Jüttner wurde er schlicht ausgeblendet.

Auch bei der CDU finden sich vielfältige Beispiele für die Verdrängung der Realität. So gilt Helmut Kohl immer noch als größter Wahlkämpfer aller Zeiten, obwohl er die Wählersubstanz der Union in 16 Jahren um ein Drittel von 43 auf 28 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten) dezimiert hat. Und dass die Union mit Angela Merkel 2005 nur noch von 27 von 100 Wahlberechtigten gewählt wurde, wird in weiten Teilen der Union ebenso verdrängt wie die Tatsache, dass die Union unter Merkels Führung über die ihr 2005 verbliebene Wählersubstanz hinaus keine neuen Wählerschichten gewinnen konnte.

In den beiden großen Volksparteien gibt es also Neigungen, gesellschaftliche Tatbestände, die den eigenen Vorstellungen nicht entsprechen, nur unzureichend zur Kenntnis zu nehmen. Doch an den Rändern des linken und rechten politischen Spektrums finden sich noch gefährlichere Tendenzen. Vor allem die in der rechtsradikalen Szene Agierenden neigen dazu, komplexe Sachverhalte extrem zu vereinfachen und in ideologische Formeln zu pressen. Gesellschaftliche Prozesse werden zudem nur äußerst verzerrt wahrgenommen. Wenn dann noch starke Gefühle subjektiver Benachteiligung mit griffigen Feindbildern und großer Machtversessenheit zusammenkommen, entsteht schnell ein in sich geschlossenes, simples Weltbild, das große Ähnlichkeit mit den aus der Psychopathologie bekannten Wahnsystemen hat. Solche in sich geschlossenen Systeme sind von außen nicht mit sachlichen Argumenten oder konkreten Fakten zu erschüttern. Es werden nur die Bruchstücke der Wirklichkeit akzeptiert, die in das System passen. Alles andere wird herausgefiltert und findet keinen Eingang in die Denk- und Handlungsmuster. Psychopathologische Komponenten in der Politik sind für SPD und Union eine latente Gefahr. Bei vielen Vertretern extremer Parteien aber sind sie schon Wirklichkeit geworden.

In der Sozialpsychologie nennt man diese Technik „Reduzierung der kognitiven Dissonanz“.



MANFRED GÜLLNER, geb. 1941, ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa und Honorarprofessor an der FU Berlin.